

15.03.2022

# Antrag

der Fraktion der SPD

**NRW braucht ein zentrales Kataster aller BSAB-Flächen: Sicherheit von Tagebauen muss strenger überwacht werden!**

## I. Ausgangslage

Im Juli 2021 verursachte das Tief „Bernd“ nach extrem ergiebigem Dauerregen in weiten Teilen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Hochwasser-Katastrophe. Unter anderem schwoll die Erft hierbei immer weiter an und trat schließlich über ihr Flussbett. Mit verheerenden Folgen: Die nahe liegende Kiesgrube in Erftstadt-Blessem wurde geflutet. Durch die Unterspülung lösten sich Erdrutsche und drei Häuser wurden zum Einsturz gebracht. In der Folge mussten mehrere Häuser im Auftrag der Stadt Erftstadt abgerissen werden. Viele Einwohnerinnen und Einwohner wissen nach wie vor nicht, wie es für sie und ihr Hab und Gut weitergeht. Auch die Landespolitik befasst sich sechs Monate später noch mit dem Ereignis, das in vielerlei Hinsicht Fragen über die Rohstoffgewinnung in Nordrhein-Westfalen aufgeworfen hat. Welche Lehren ziehen wir für den Kiesabbau und sonstige übertägige Rohstoffgewinnungsbetriebe in Nordrhein-Westfalen? Die SPD-Fraktion drängt darauf, endlich Antworten zu finden und Maßnahmen zu ergreifen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion gibt es insbesondere zwei Ansatzpunkte, die schnellstmöglich verändert werden müssen, damit sich eine Tragödie wie in Erftstadt-Blessem nicht wiederholt.

- Erstens gilt es, Zuständigkeiten und Aufsichtskompetenzen zu bündeln. Es gibt schlichtweg zu viele unterschiedliche Behörden, die für Genehmigung und Kontrolle von Abgrabungen zuständig sind. Je nach Ausweisung der Fläche, sei es nach Bergrecht, Abtragungsgesetz oder Wasserrecht, wird ein und dieselbe Abbautätigkeit durch unterschiedliche Gesetze geregelt und von verschiedenen Behörden bis hin zur Kreisebene überwacht. Daraus folgt aus Sicht der SPD-Fraktion, dass zunächst Übersicht gewonnen werden muss. Aus bisherigen Anfragen wissen wir, dass es 419 BSAB-Flächen (Bereiche für Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze) in NRW gibt. Davon stehen nur 81 unter Bergaufsicht und werden somit von der Bergbehörde überwacht. Für das Gros der übrigen Flächen übernehmen die Kreisordnungsbehörden bzw. die nächsthöhere gemeinsame Naturschutzbehörde oder Wasserbehörde die Aufsicht.
- Zweitens braucht es deshalb ein zentrales Register aller BSAB-Flächen respektive übertägigen Rohstoffgewinnungsbetriebe in Nordrhein-Westfalen. Das Register soll die Flächen aufgeschlüsselt nach Standort, angewandter rechtlicher Grundlage der Abtragung und anhand eines Kriterienkataloges – der die Gefährdungslage der Umgebung bei Starkregen oder sonstigen bedrohlichen Wetter-Ereignissen bemisst –

erfassen. Dies ist insbesondere auch im Hinblick auf die Sicherung der kritischen Infrastruktur vonnöten.

Vor diesem Hintergrund gilt es, zusätzlich zum Kriterienkatalog, verstärkt auf den jeweiligen Einzelfall und die individuellen Faktoren des Standorts zu schauen. Potentielle Neuaufschlüsse müssen im Rahmen des Genehmigungsprozesses ergänzend gemäß den erarbeiteten Kriterien geprüft werden. In jedem Fall sollten Tagebaue engmaschiger überwacht werden. Denn mit dem Anlegen von Schablonen werden wir künftigen Naturgewalten nicht gerecht.

## II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- dass die Zuständigkeiten im Bereich der übertägigen Rohstoffgewinnung zersplittert und intransparent sind und dringend gebündelt werden müssen.
- dass es an einer Übersicht über die existierenden und potentiellen übertägigen Rohstoffgewinnungsbetriebe sowie an Kriterien zur Gefahrenanalyse mangelt.
- dass eine Übersicht über eingestellte BSAB-Flächen und deren Zustand fehlt.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung dazu auf:

1. unter Einbeziehung der aktuell zuständigen Behörden neue Aufsichts- und Genehmigungsstrukturen zu entwickeln, sodass verbindliche und möglichst landeseinheitliche Vorgaben trotz verschiedener rechtlicher Abgrabungsgrundlagen durchgesetzt werden.
2. die Überwachung der Tagebaue engmaschiger anzulegen.
3. in Zusammenarbeit mit kommunalen, regionalen und sonstigen (Planungs-)Behörden ein zentrales Kataster aller aktiven und eingestellten BSAB-Flächen zu erstellen, das zudem alle sicherheitsrelevanten Faktoren erfasst.
4. das Kataster als wichtige Informationsquelle für die Landesplanung zur Verfügung zu stellen, um eine sinnvollere Festlegung und planvollere (Nach-)Nutzung von BSAB-Flächen sicherzustellen.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
André Stinka  
René Schneider  
Frank Sundermann

und Fraktion